

Vierpunktnull

Südwest Merkur, Ausgabe November 2019

Freie
Demokraten

Baden-
Württemberg **FDP**

FDP/DVP Fraktion
IM LANDTAG BADEN-WÜRTTEMBERG

Handwerk ist Zukunft!

Interview mit dem Präsidenten des baden-
württembergischen Handwerkstags,
Rainer Reichhold

119. Ord. Landesparteitag

Neuer Landesvorstand und Beschluss zu Wasserstoff

Von Michael Theurer MdB

Regierung muss Wohlstands-Bremsklötze jetzt lösen

Von Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Politik, die mit den Anliegen der Menschen zu tun hat

Aus der FDP/DVP Fraktion

Die Batteriemobilität ist ein Irrweg

thinkliberal.de

Unser Angebot

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten, auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort. Dazu gehören etwa Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate. Unser Angebot umfasst außerdem Messe- und Kongressequipment sowie Drucksachen wie z.B. Tischaufsteller, Visitenkarten uvm. im aktuellen Design der Freien Demokraten.

Wir bieten Ihnen dabei die Möglichkeit bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch unserer Webseite!

Ihr Shop für FDP Werbemittel

BTW MARKETING Agentur für visuelle Kommunikation | Inhaber: Michael Szopieray | Burgstraße 27 | 59368 Werne
Telefon: 02389 92 75 82 | Telefax: 0211 88 25 31 237 | info@thinkliberal.de | www.thinkliberal.de



Von Judith Skudelny MdB, Generalsekretärin

Liebe Leserinnen und Leser!



Ohne das Handwerk läuft nichts. Es ist eine tragende Säule unseres Wirtschaftslebens: Das Handwerk schafft, baut, kreierte und repariert. Was wären wir ohne Bäcker und Friseure, ohne Heizungsmonteur und Kfz-Mechatroniker? Die Handwerkerinnen und Handwerker in Baden-Württemberg sorgen dafür, dass bei uns alles rundläuft. Das mag uns manchmal selbstverständlich erscheinen. Doch der demografische Wandel und der Trend zum Studium gefährden eine Branche, ohne die unsere moderne Industriegesellschaft schlicht und ergreifend nicht vorstellbar ist. Deshalb legen wir in dieser Ausgabe das Augenmerk auf das Handwerk. Im Interview mit Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold widmen wir uns der Frage, wie das Handwerk auch in Zukunft vielfältig und leistungsstark bleibt.

Wir sehen momentan, dass sich die Konjunktur im Land eintrübt. In Baden-Württemberg ist die Kurzarbeit gegenüber dem Vorjahr um das Zehnfache angestiegen. Lieber aber fördert die Große Koalition einseitig die E-Mobilität, anstatt durch die Wasserstoff-Brennstoffzellen-Technologie und Verteidigung des Freihandels Arbeitsplätze zu sichern. Damit wir den Umwelt- und Klimaschutz finanzieren können, braucht es eine starke Wirtschaft. Die Menschen verlangen von der Politik völlig zurecht Antworten auf Fragen zur Mobilität der Zukunft, zum demografischen Wandel und zum Handelskrieg.

Wenn die Mitte der Gesellschaft sie nicht geben kann, wachsen die radikalen Ränder. Es ist unsere Aufgabe als Freie Demokraten, die Antworten auf diese wichtigen Fragen zu formulieren.

Die zweite Ausgabe des Jahres ist aber immer auch Anlass für einen Rück- und Ausblick. Für die Freien Demokraten Baden-Württemberg geht ein ereignisreiches Jahr 2019 zu Ende: Bei den Kommunal- und Europawahlen hat sich unser unermüdlicher, geschlossener Einsatz der vergangenen Jahre ausgezahlt. Nahezu überall ist es uns gelungen, unsere Basis vor Ort auszubauen. Quer durchs Land ertönt eine starke liberale Stimme in den Kreis- und Gemeinderäten. Bei den Europawahlen haben wir sogar das beste Ergebnis aller FDP-Landesverbände erzielt. Dadurch ist es uns gelungen, mit Andreas Glück wieder in Brüssel und Straßburg vertreten zu sein. An dieser Stelle möchte ich auch ganz herzlich den Freunden in Thüringen dazu gratulieren, dass die FDP nach zehn Jahren wieder in einen ostdeutschen Landtag einziehen konnte. Dennoch können und müssen wir als Partei daran arbeiten, unser vorhandenes Potenzial noch besser auszuschöpfen. Dafür müssen wir wieder unsere drei großen Kernthemen Bildung, Digitalisierung und Wirtschaft in den absoluten Fokus unserer Arbeit stellen.

Ihre

Judith Skudelny

Ohne digitale Prozesse geht es im Handwerk längst nicht mehr

Interview mit dem Präsidenten des baden-württembergischen Handwerkstags, Rainer Reichhold



In einer von der Bertelsmann-Stiftung geförderten Studie, dem „Ländermonitor berufliche Bildung 2019“, wird folgende paradoxe Situation beschrieben: Betriebe haben zunehmend Schwierigkeiten, Ausbildungsplätze zu besetzen, gleichzeitig finden immer mehr junge Leute keinen Ausbildungsplatz. Ist das auch im Baden-Württembergischen Handwerk ein Problem?

Ich würde lügen, würde ich sagen, dass uns das nicht betrifft. Wir haben im Handwerk rund 10.000 unbesetzte Lehrstellen. Deshalb brauchen wir bessere Rahmenbedingungen. So fordern wir, die Wohnangebote für Auszubildende zu erhöhen und ihnen ein verbundübergreifendes, günstiges Azubi-Ticket zu ermöglichen. Wichtig ist außerdem, die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung voranzutreiben. Während ein Studium kostenlos ist, müssen junge Nachwuchskräfte für den Meister-Lehrgang zahlen. Hier fordern wir noch mehr Unterstützung aus der Politik, wozu auch die Einführung einer Meisterprämie zählt.

Immer mehr junge Menschen wollen nach der Schule studieren. Wie überzeugen Sie einen jungen Menschen gegen diesen Trend, heute eine Ausbildung zu machen?

Viele junge Menschen wissen nicht, dass das durchschnittliche Lebenseinkommen eines Handwerksmeisters ähnlich hoch wie das eines Fachhochschulabsolventen ist. Das Handwerk hält viele Karriereoptionen bereit - nicht nur Akademiker, auch Berufseinsteiger im Handwerk können sich über gute Arbeitsbedingungen freuen. Damit wir noch mehr Jugendliche gewinnen können, ist eine fundierte berufliche Orientierung entscheidend für uns. Das Wissen über Berufe und Karrieremöglichkeiten muss noch systematischer als bisher in die Lehreraus- und fortbildung verankert werden.

Die duale Ausbildung in Deutschland wird international gelobt und kopiert, in Deutschland hört und liest man hingegen häufig über Klagen bezüglich niedriger

Ausbildungsvergütung oder mangelnder Betreuung im Betrieb. Was können Handwerksbetriebe tun, um an Attraktivität zu gewinnen?

Es ist klar, dass es bei 130 Gewerken eine große Spannweite gibt, je nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. In der Bauwirtschaft liegen die Vergütungen über 1.000 Euro im Monat, da können wir mit anderen Wirtschaftsbranchen gut mithalten. Das Handwerk bietet dazu eine Menge attraktiver Rahmenbedingungen. Beispielsweise ermöglicht das Projekt Go.For.Europe Auslandsaufenthalte für Auszubildende. Es gibt individuelle Begleitung in der Ausbildung, familiär geführte Betriebe und: das Handwerk ist zukunftsorientiert.

Der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Bäckerhandwerks, Michael Wippler beklagt, dass Schülerinnen und Schüler nicht ausreichend auf die Ausbildung vorbereitet seien, dass also die Eignung für eine Berufsausbildung häufig nicht vorliege. Wie stellt sich das aus Ihrer Sicht dar? Was muss die Politik in der Schulausbildung verbessern, um junge Menschen fit für die Ausbildung zu machen?

Das Handwerk zeichnet sich dadurch aus, dass es allen Schulabgängern eine Chance gibt und diese auch als Fachkräfte dringend benötigt. Dass Baden-Württemberg im Schulsystem ein Qualitätsproblem hat, haben die jüngsten Bundesländervergleiche gezeigt. Die Kultusministerin war dadurch nachvollziehbar so alarmiert, dass sie zwei neue Bildungs- bzw. Schulqualitätsinstitute ins Leben gerufen hat. Wir begrüßen es sehr, dass dadurch eine wissensbasierende Qualitätsentwicklung möglich wird, aber wir sehen auch das Problem des Unterrichtsausfalls durch Lehrermangel sowie die zu großen Klassen.

Seit 2015 ist das Thema Einwanderung, Flüchtlinge und Integration eines der meistdiskutierten Themen in Deutschland. Wir konnten lesen, dass deutschlandweit immer mehr Unternehmen Flüchtlinge ausbilden. Wie stellt sich die Situation im Handwerk, besonders in Baden-Württemberg dar? Welche Herausforderungen sehen Sie hier und welche Weichenstellungen wünschen Sie sich von der Politik?

Das Handwerk engagiert sich stark in der Ausbildung und Integration von Geflüchteten. Ich denke, hier sprechen auch die Zahlen unserer Ausbildungsstatistik vom Juli dieses Jahres für sich. Rund acht Prozent aller Auszubildenden im Handwerk, die neu begonnen

haben, sind Flüchtlinge. Insgesamt waren Ende Juli rund 3.300 Personen dieser Gruppe in Ausbildung. Entscheidend ist, dass bei der Umsetzung des Migrationspakets alle am Zuwanderungsprozess beteiligten Behörden und Institutionen die neuen Regelungen rasch umsetzen und vollziehen. Die Handwerksbetriebe brauchen Rechtssicherheit, die nur durch eine einheitliche Anwendung der Regeln gegeben wird.

Man findet in Deutschland wohl keinen Menschen, der sich nicht an der ein oder anderen Stelle über den ausufernden Bürokratismus beklagen würde. Was ist Ihr Eindruck – hat sich die Situation im Handwerk verbessert oder wie sehr schränken Vorschriften und Dokumentationspflichten die Betriebe bei Ihrer eigentlichen Arbeit ein?

Eines ist sicher: Viele Inhaber von Handwerksbetrieben verbringen mehr Zeit mit der Bewältigung administrativer Anforderungen als mit der Ausübung ihres Handwerks. Und kleine Betriebe sind überproportional von Bürokratie betroffen. Handwerksbetriebe brauchen wieder Luft zum Atmen, Freiräume für Innovationen und Zeit zur Ausübung ihres gelernten Handwerks. Deshalb müssen die Empfehlungen des Normenkontrollrats zum Bürokratieabbau zügig umgesetzt werden, auch eine konsequente Anwendung der „one in – one out“- Regel in allen Bundes- und Landesvorschriften.

Die Digitalisierung, die damit einhergehenden Veränderungen der Arbeitsabläufe, der Anforderungen an Mitarbeiter und der Kundenwünsche stellen auch das Handwerk vor Herausforderungen. Wie ist die Lage hier in Baden-Württemberg? Was erwarten Sie von der Politik in diesem Bereich?

Ohne digitale Prozesse und Werkzeuge geht es auch im Handwerk längst nicht mehr. Ein wesentlicher Bestandteil unserer Zukunftsinitiative Handwerk 2025 ist die Digitalisierungsoffensive. Ein weiteres wichtiges Förderinstrument ist die Digitalisierungsprämie. Hier fordern wir eine Beibehaltung. Die Evaluationsergebnisse haben gezeigt, dass der Bedarf gerade in kleinen Betrieben mit weniger als 20 Mitarbeitern sehr groß ist. Grundvoraussetzung ist natürlich der Breitbandausbau, der nur sehr schleppend voran geht. Ohne schnelles Internet haben die Betriebe in den ländlichen Regionen keine Chance auf Digitalisierung.

Inwiefern ist die Debatte um den Solidaritätszuschlag

auch ein Thema der Handwerksbetriebe? Ist eine Teilabschaffung, wie von der Bundesregierung geplant, ausreichend um das Handwerk zu entlasten?

Wir halten es für höchst problematisch, dass die Bundesregierung nun plant, den Soli für eine bestimmte Gruppe der Steuerzahler – in der Diskussion sind die oberen zehn Prozent – beizubehalten. Das ist eine massive Ungleichbehandlung und trifft eben nicht nur Millionäre, sondern gerade auch Handwerksbetriebe. Denn fast 80 Prozent unserer Handwerker sind Einzelunternehmer. Und da ist ein gewisses Einkommen, das zu versteuern ist, schnell erreicht. Nur: Aus diesem Einkommen haben die meisten noch nichts für den eigenen Lebensunterhalt entnommen, das Geld wird zuerst mal für die Deckung der Kosten im Betrieb, Mitarbeitergehälter und ähnliches verwendet. Wir sind deshalb ganz klar für die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

Dieselfahrzeuge haben einen schlechten Ruf, der Verbrennungsmotor wird als Technologie der Vergangenheit bezeichnet, in mancher Innenstadt gelten Fahrverbote oder werden angekündigt. Inwieweit ist das Handwerk von dieser Debatte und den damit einhergehenden Einschränkungen betroffen? Welche Erwartungen hat das Handwerk insgesamt bei Fragen der Verkehrsinfrastruktur?

Generell halten wir nichts davon, einzelne Antriebsarten vorschnell zu beerdigen. Ganz im Gegenteil, wir warnen davor, sich allein auf E-Mobilität als Zukunftstechnologie festzulegen. Wir brauchen Technologieoffenheit. Trotzdem sehen wir durchaus die Notwendigkeit, dass in Sachen Klimaschutz mehr passieren muss bzw. zu lange zu wenig passiert ist. Deshalb haben wir bereits vor gut einem Jahr an die Handwerksbetriebe im Land appelliert, ihre älteren Dieselfahrzeuge auszutauschen. Damit Betriebe aber nicht in wirtschaftliche Not geraten, brauchen wir dort, wo Fahrverbote drohen oder geplant sind, umfassende Ausnahmeregelungen für Handwerks- und Lieferfahrzeuge.

Zu guter Letzt: Wenn Sie einen Wunsch frei hätten, was wäre das erste große Projekt, das Sie anstoßen würden?

Dürfen es auch zwei sein? Zum einen wäre das definitiv die Weiterführung unserer Zukunftsinitiative Handwerk 2025. Bislang konnte viel erreicht werden und die Angebote finden großen Anklang. Aber die

Herausforderungen bleiben – es fehlen tausende Fachkräfte; Nachfolger und Übernehmer werden händierend gesucht. Dazu kommen wachsende Anforderungen von Kunden, neue digitale Techniken und rechtliche Vorgaben. All diese Hürden werden auch noch nach 2020 bestehen und eine abrupte Beendigung etablierter Programme wäre den Betrieben nicht zu vermitteln. Aber wenn ich mir noch etwas Unkonventionelles wünschen dürfte, wäre das eine Woche Pflichtpraktikum im Handwerk – für jeden Abgeordneten von Bund und Land, einmal pro Wahlperiode. Einerseits, um die bereits angesprochenen Belastungen, vor allem aber um die Innovationskraft im Handwerk hautnah zu erleben.

Herzlichen Dank für das Gespräch.

Termine der FDP BW in 2020

05.01.2020	Dreikönigsparteitag, Fellbach
05.01.2020	„Der Abend“, Fellbach
06.01.2020	Dreikönigskundgebung, Stuttgart
26.02.2020	Politischer Aschermittwoch, Karlsruhe
20.06.2020	Sonderparteitag zur Landtagswahl, Heidenheim
17.10.2020	Landesvertreterversammlung zur Bundestagswahl, Konstanz

Impressum

Herausgeber: FDP Landesverband Baden-Württemberg
Verantwortlich: Julian Schröder, Pressesprecher
Redaktion: Julian Schröder, Jan Packebusch, Annette Wenk-Grimm
Anschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: (0711) 666 18-0
Email: fdp-bw@fdp.de, www.fdp-bw.de
Verlag: BC DirectGroup GmbH, Berlin
Gestaltung: Markus Lochmann, FDP-BW
Fotos: FDP-BW, Abgeordnete, FDP/DVP Fraktion, Shutterstock, Stephanie Trenz, BWHT, Alexander Kohl. Titelbild: Shutterstock.com/1321691978

Gastbeitrag von Michael Theurer MdB, Landesvorsitzender

Regierung muss Wohlstands-Bremsklötze jetzt lösen



Michael Theurer beim Redaktionsbesuch der dpa im August 2019 (Foto: Julian Schröder)

Im zweiten Quartal ist die deutsche Wirtschaftsleistung geschrumpft. Niemand bezweifelt ernsthaft, dass sich dieser Trend fortsetzt. Die Bundesregierung müsste jetzt aufwachen und die Wohlstands-Bremsklötze lösen. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier legt entsprechend ein Konzept zur völligen Abschaffung des Soli vor – 2026.

Wenn Wirtschaft zu 50 Prozent Psychologie ist, wie es der große Ludwig Erhard beschrieb, wie soll sich ein Vorstoß für die Soli-Abschaffung 2026 da bemerkbar machen? Psychologisch müssen sich die Handwerker, Selbstständige und Start-Up-Gründer, die den Soli weiterbezahlen müssen, doch veräppelt

vorkommen. Hunderttausende Personengesellschaften, weite Teile des Mittelstands, sollen weiterzahlen. Zur Erinnerung: Der aktuelle Soli wurde 1994 zur Finanzierung des Solidarpakts I eingeführt – Aufbau Ost. Er ist eine Ergänzungsabgabe. Das heißt: Die Einnahmen aus dem Soli sind nicht zweckgebunden, wohl aber ist seine Existenz zweckgebunden. Kohl sagte 1996, dass der Soli 1999 Geschichte sein solle.

Es kam anders: Rot-Grün ließ den Solidarpakt I zwar bis 2004 auslaufen, schuf jedoch den Nachfolger Solidarpakt II. Dieser war von Anfang an bis 2019 terminiert.

Nun ist der Aufbau Ost mit Sicherheit noch nicht abgeschlossen, zumal mit einem möglichen Kohleausstieg erneut große Herausforderungen auf einige Regionen zukämen. Doch der Solidarpakt II läuft aus. Damit dürfte der Soli ab dem 1.1.2020 verfassungswidrig sein – so zumindest ein Gutachten des ehemaligen Verfassungsrichters Hans-Jürgen Papier. Glaubwürdigkeit bedeutet, Versprechen einzuhalten. Glaubwürdigkeit bedeutet aber auch, als Politiker nicht wissentlich und willentlich das Recht zu brechen. Wer das macht, schadet der Demokratie.

Altmaiers Vorstoß ist zwar gut gemeint, doch das reicht nicht. Der Soli muss weg. Noch dieses Jahr, für alle, vollständig. Das wäre die Grundvoraussetzung, damit man die Union bei wirtschaftspolitischen Fragen überhaupt wieder ernst nehmen kann. Denn sie hat ja den Soli-Ausstieg vor der Wahl 2017 versprochen. Was ist das für eine Politik, wenn man die Wahlversprechen dann erst in der übernächsten Legislaturperiode umsetzen will?

Der Soli-Ausstieg allein wird es jedoch nicht richten. Merkels Große Koalitionen haben über Jahre die Belastungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ausgetestet. Es war zu erwarten, dass irgendwann der Bogen überspannt ist. Die Bundesregierung muss vor dem Hintergrund der geopolitischen Herausforderungen und einer sich abschwächenden Binnenkonjunktur ihre hausgemachten Rezessionsverstärker umgehend entschärfen und ihre wirtschafts- und steuerpolitischen Hausaufgaben machen.

Als erstes muss die Dämonisierung der Automobilindustrie und das einseitige Fördern der batteriebetriebenen Elektromobilität gestoppt werden. Es ist völlig unverständlich, dass der Jobkiller Batterie von der Bundesregierung gegenüber der viel arbeitsplatzfreundlicheren Wasserstofftechnik bevorzugt wird.

Wir brauchen Technologieoffenheit – auch für klimaneutrales Benzin und Diesel aus erneuerbaren Energien, die bisher durch die Regulierung hart diskriminiert werden.

Steuerpolitisch gehört dazu auch eine Steuersenkung bei Stromsteuer, Körperschaftssteuer, Einkommenssteuer. Es ist nicht hinnehmbar, dass ein Normalverdienerhaushalt in Deutschland belastet

wird wie in kaum einem anderen Industrieland. Genauso ist es nicht hinnehmbar, dass wir seit den Reformen in Frankreich, den USA und China die höchsten Unternehmenssteuersätze aller Industrieländer haben. Das ist ein harter Wettbewerbsnachteil.

In einem Sofortprogramm könnte die Bundesregierung insbesondere den Mittelstand auch von heute auf morgen von milliardenschweren Bürokratiebelastungen erleichtern. Das müsste sie jedoch entschlossen angehen: Die bisherigen Pläne für ein Bürokratieentlastungsgesetz 3 sind leider nicht annähernd ambitioniert genug – und selbst darüber gibt es in der Bundesregierung keine Einigkeit. Eine Entlastung der Wirtschaft um mindestens 10 Milliarden Euro Bürokratiekosten ist machbar. Denkbar sind auch Freiheitszonen in Regionen, die vom Strukturwandel besonders betroffen sind. Die FDP hat hierzu bereits einen Vorschlag im Bundestag eingebracht.

In der Größenordnung jenseits der 10 Milliarden sollte auch durch die Bundesregierung der Ausbau und die Reparatur unserer Infrastruktur – Schulen, Straßen, Brücken, Breitband – zusätzlich unterstützt werden. Das Geld dafür darf allerdings nicht aus neuen Schulden kommen – das wäre ein Dammbrech für eine neue Schuldenlawine in Südeuropa, insbesondere Italien. Stattdessen sollte die Bundesregierung ihre ordnungspolitisch unhaltbaren Unternehmensanteile veräußern. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer und es gibt keinen Grund, warum er dauerhaft an Unternehmen wie der Telekom beteiligt sein sollte.

Abschließend brauchen wir sofort ein starkes Signal für Freihandel. Die Feigheit der Bundesregierung, das Freihandelsabkommen CETA mit Kanada nicht zu ratifizieren und TTIP mit den USA nicht vorangetrieben zu haben rächt sich mit jedem Tag, an dem sich die weltweiten Handelskriege weiter zuspitzen und unsere handelsorientierte Wirtschaft beschädigen. Gerade vor dem Hintergrund eines möglicherweise chaotischen Brexit brauchen wir psychologisch wirksame Signale für den geregelten, funktionierenden, freien Welthandel. Ein Exportland wie Deutschland kann sich keine kleingeistige Abschottung leisten.

[Dieser Text erschien am 16.8.2019 als Gastbeitrag bei Focus-Online.](#)



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

Baden-Württemberg

Reinhold Maier
Stiftung | Baden-Württemberg

WIR STELLEN UNS VOR

Das Landesbüro Baden-Württemberg ist eines von acht Länderbüros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Deutschland.

Von Stuttgart aus organisieren wir in Zusammenarbeit mit der Reinhold-Maier-Stiftung und mit verschiedenen Kooperationspartnern jährlich ca. 200 Veranstaltungen zur politischen Bildung in Baden-Württemberg.

WAS WIR MACHEN

Wir verstehen uns als Innovationsplattform für liberale politische Bildungsarbeit in Baden-Württemberg. Die Themen unserer Veranstaltungen reichen von internationaler Politik über Digitalisierung, new work, Soziale Marktwirtschaft, Mobilität, Wirtschaft, Bildung, offene Gesellschaft, Technologie bis hin zu Liberalismusgeschichte, kommunalpolitischen Fragen und vielen weiteren.

Dazu bedienen wir uns einer Vielzahl an Formaten: Diskussionsveranstaltungen, Trainings, Seminare, Workshops, Kulturveranstaltungen und Exkursionen.

Infos zu diesen
und weiteren
Veranstaltungen



WO SIE DIE STIFTUNGEN 2020 ERLEBEN KÖNNEN

Liberal Skill Camp
04.01. Stuttgart

Der unsichtbare Krieg
05.02. Stuttgart

Dahrendorf Lecture
17.06. Freiburg

und bei vielen weiteren Veranstaltungen

Jetzt anmelden unter <https://shop.freiheit.org>

oder über unseren zentralen Service:

E-Mail service@freiheit.org

Telefon +49 30 22012634 (Mo-Fr von 8-18 Uhr)

Telefax +49 30 69088102

Post Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit,
Postfach 1164, 53729 Sankt Augustin

WER WIR SIND

Johanna Hasting
Leiterin des Landesbüros,
Geschäftsführerin der
Reinhold-Maier-Stiftung

Jochen Merkle
Programmkoordinator

Melanie Kögler
Kommunikationsreferentin

Simon Lampe
Veranstaltungsorganisation

Susanna Bauer-Gröschel
Veranstaltungsorganisation

WIE SIE UNS ERREICHEN

E-Mail: stuttgart@freiheit.org
Telefon: +49 711 22070733

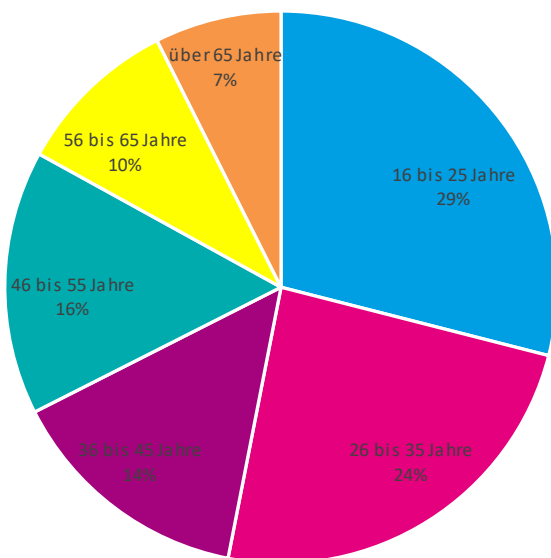
Feuerseeplatz 14
70176 Stuttgart

Was war der Grund, warum Sie in die FDP eingetreten sind?

Neumitglieder-Umfrage 2019

Im Sommer haben wir alle Mitglieder der FDP Baden-Württemberg, die in den letzten zwei Jahren in die Partei eingetreten sind, im Rahmen einer Neumitglieder-Umfrage unter anderem nach dem Grund für ihren Parteieintritt gefragt.

Eintrittsalter



Auf diesen Seiten finden Sie eine kleine Auswahl an Antworten aus den über 100 Rückmeldungen, die wir erhalten haben.

„Die Auferstehung der FDP wie der Phönix aus der Asche war für mich inspirierend und als Vater von zwei Kindern ist das Thema Bildung und Digitalisierung wie ihr es betreibt meinen Ansichten nach wichtig.“

„Ich habe mich schon immer politisch sehr interessiert. Nachdem die AfD immer mehr erstarkt ist und wir auch in der Familie mit unseren Kindern darüber viel diskutiert haben, wollte ich mir nie nachsagen lassen, dass ich mich politisch überhaupt nie engagiert hätte.“

„Schlussendlich bin ich aus meinem Interesse an Bildungspolitik und Wirtschaft FDP-Mitglied geworden und um anderen jungen Menschen zu zeigen, dass man etwas verändern kann - wenn man sich engagiert.“

„Für mich steht die FDP als Vertreterin des organisierten Liberalismus wie keine andere Partei für die Ziele Eigenverantwortung, progressive Gesellschaftspolitik und Zukunftspolitik. Um proaktiv auf diese Ziele hinzuarbeiten, habe ich mich letztes Jahr entschlossen, beizutreten.“

„Ich glaube, dass nur die FDP vollständig im 21. Jahrhundert angekommen ist: dass Klimaschutz über Ländergrenzen hinausgeht, dass unsere Wirtschaft frischen Wind braucht, dass wir Deutschland endlich modern und digital machen müssen, dass wir Europa erneuern und zusammenbringen, um gegen Trumps und Putins zu bestehen. Bei den Freien Demokraten sehe ich meine Zukunft in guten Händen.“

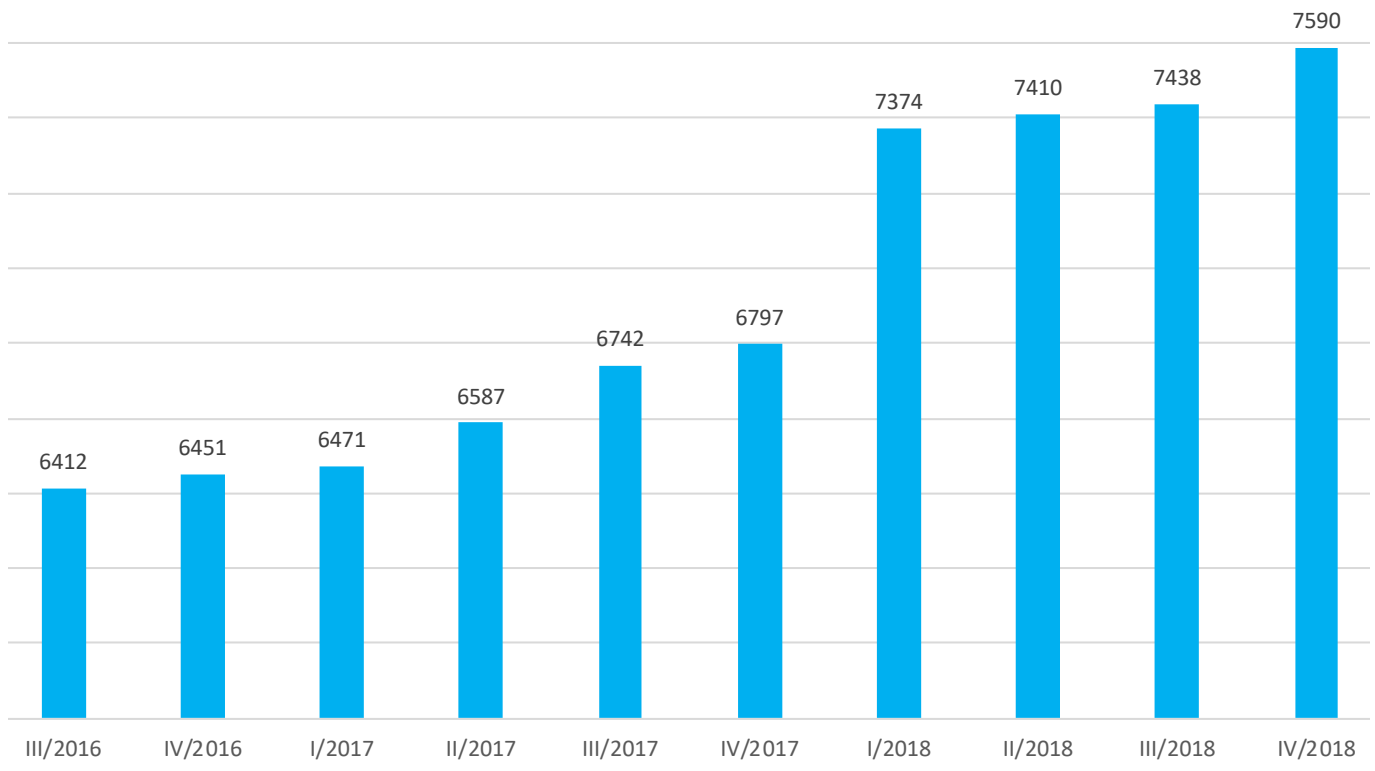
„Als Unternehmer ist es mir wichtig, dass meine Heimat liberal und fortschrittlich ist und die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden damit neue und innovative Ideen einen Raum haben sich zu entwickeln und nicht durch Verbote und Regulierung von vorne herein aus Angst untersagt werden.“

„Ich bin Umweltschützer und die Grünen sind mir dadurch ein Dorn im Auge, weil sie genau in diesem Bereich Populismus betreiben. Die FDP jedoch in praktisch allem nach Effektivität strebt und genau das die Lösung auch der Umweltprobleme darstellt.“

„Die FDP ist für mich die Partei mit der besten Struktur in ihrem Programm. Sie bietet zu vielen Fragen klare Antworten.“

„Weiterhin bin ich der Überzeugung, dass gerade die FDP im Hinblick auf die Umweltpolitik, die wirtschaftlichen Faktoren nicht gegen die klimapolitischen Faktoren ausspielt, sondern versucht beides in einen Einklang zu bringen.“

Mitgliederbewegung 2016-2018



„Ich bin erst 19 Jahre alt und interessiere mich schon länger für Politik. Die FDP und somit der Liberalismus haben mich schon immer am meisten angesprochen, da für mich Freiheit und die Möglichkeit eigene Entscheidungen zu treffen wichtiger sind als „das richtige“ zu tun oder das was die Mehrheit als „richtig“ ansieht. Die Argumente der FDP zu unterschiedlichen Themen der letzten Jahre haben mich stets überzeugt.“

„Ich bin der FDP beigetreten, da sie als einzige Partei die individuelle Freiheit schützt und über eine hohe wirtschaftspolitische Kompetenz verfügt.“

„Wirtschaftlicher Sachverstand und liberale Werte.“

„Die FDP ist die einzige Partei, die Themen anspricht, die nicht unbedingt Wähler bringen, aber wichtig sind. Die FDP scheut sich nicht, auch schwierige oder unangenehme Themen anzugehen. Klare Aussagen. FDP versucht lösungsorientierte Politik zu machen, nicht nur zielorientiert.“

„Es hat mich überzeugt, dass es noch eine politische Partei gibt, die sich nicht wie ein Grashalm im Wind verbiegt um unbedingt in die Regierung zu kommen.“

„Ich denke, dass die Politik nicht nur junge Wähler und Demonstrationen braucht, sondern auch junge Menschen, die mithelfen die Politik zu gestalten.“

„Die anderen Parteien sind für mich entweder zu alt und haben zu viele falsche Entscheidungen getroffen (CDU/CSU) oder sie wissen nicht was sie machen (Grüne,SPD), wollen sämtliche Freiheiten einschränken (Linke,Grüne) oder sehen die Dinge in einem komplett irrationalen Licht (AfD).“

„Ich sehe die FDP als eine Partei die nicht nur redet sondern umsetzen möchte: Es gibt logisch Nachvollziehbare Schritte für alles was sie tun will. Es sind keine realitätsfernen Aussagen die man dort hört.“

„Die Gründe für mich waren/sind, dass die Freien Demokraten in einer zunehmend negativen Welt, die einzigen sind, die positive Politik machen.“

119. Ord. Landesparteitag in Heilbronn

Neuer Landesvorstand und Beschlüsse zu Innenstädten und Wasserstoffmobilität



Beschlüsse

Auf dem 119. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg am 13. Juli in Heilbronn wurde nach langer und intensiver Beratung der **Leitantrag des Landesvorstands „Lust auf Innenstadt – Ideen für lebenswerte Innenstädte“** mit großer Mehrheit durch die 400 Delegierten beschlossen.

Ebenfalls war die **Wasserstoff-Brennstoffzellen-Technologie** durch die Initiative des Kreisverbands Heilbronn, sowie durch Anträge des Bundestagsabgeordneten Dr. Christoph Hoffmann MdB und Michael Theurer MdB wichtiges Thema. Das Anliegen, die Bedeutung der Wasserstoff-Brennstoffzelle für die klimaneutrale Mobilität der Zukunft und den Automobilstandort Baden-Württemberg zukünftig stark zu betonen, kulminierte in dem Beschluss **„Baden-Württemberg zum Innovations-Cluster für die Nutzung von Wasserstoff entwickeln“**. Weitere Anträge wurden zur Bearbeitung an den Landesvorstand verwiesen.

Sämtliche Beschlüsse des Landesparteitags finden Sie auf unserer Webseite unter fdp-bw.de/beschluesse.

Wahlergebnisse

Unser Landesvorsitzender **Michael Theurer MdB** wurde mit **starken 89,2%** in seinem Amt bestätigt. Ebenfalls wiedergewählt wurden als stv. Landesvorsitzende **Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL mit 87,7%**, **Gabriele Heise mit 88,1%** und **Pascal Kober MdB mit 88,4%**, der Landesschatzmeister **Michael Georg Link MdB mit 96,5%** sowie die Generalsekretärin **Judith Skudelny MdB mit 80,8%**.

Als **Beisitzer** gehören dem neugewählten Landesvorstand an: Dr. Marcel Klinge MdB, Prof. Dr. Erik Schweickert MdL, Stefan Tritschler, Claudia Felden, Ute Oettinger-Griese, Hartfrid Wolff, Klaus Bass, Dr. Dinah Murad, Klaus Hoher MdL, Benjamin Strasser MdB, Andreas Knapp, Charlotta Eskilsson, Kai Buschmann, Nicole Büttner-Thiel, Martin Gassner-Herz, Marianne Schäfer, Valentin Abel, Dr. Andrea Kanold, Konrad Stockmeier, Hendrik Dörr und Renata Alt MdB.

Wir möchten auf diesem Wege auch den ehemaligen Mitgliedern des Landesvorstandes unseren herzlichen Dank für eine langjährige und produktive Zusammenarbeit ausdrücken.

Landeshauptausschuss in Blaubeuren

Wir wollen Digitalisierungsweltmeister werden!



„Die FDP ist die Digitalisierungspartei“, so unser Landesvorsitzender **Michael Theurer** auf dem Landeshauptausschuss der FDP Baden-Württemberg zum Thema Digitalisierung am 12. Oktober im Tagungszentrum Blaubeuren. Ziel des Landeshauptausschusses - einem „kleinen Parteitag“ mit 103 Delegierten zu einem vorher festgelegten Fachthema - sei es, die Digitalisierung mit Anträgen in Kommunalparlamenten von unten nach oben zu bringen und so den Städten und Gemeinden zu einer Digitalstrategie zu verhelfen, sagte Michael Theurer bei der Einbringung des Leitantrags **„Grundlagen für die Kommune der Zukunft“**, der von den Delegierten einstimmig beschlossen wurde. Das Grundsatzpapier thematisiert die philosophischen Fragen und kulturellen Auswirkungen der Digitalisierung. „Die Digitalisierung ist keine vorübergehende Erscheinung, sie ist eine gesellschaftliche Transformation. Durch Angebote von Diskussion und Bildung müssen wir Skeptiker und diejenigen, die sich abgehängt oder überfordert fühlen, mitnehmen“, so Michael Theurer in seiner Rede.

Als Gast durften wir auf unserem Landeshauptausschuss den Unternehmer, Netzwerker und Digitalpionier **Matthias Brucke**, Inhaber der **embeteco GmbH & Co. KG** aus Oldenburg begrüßen, der einen Impulsvortrag zum Thema „Zukunft wird vor Ort

gemacht – Wie sich Städte und Regionen auf Plattformen und Digitalisierung einstellen sollten“ hielt. „Wenn wir eine smarte Stadt oder eine smarte Region bauen wollen, muss das erste worüber wir reden, ein Wertekanon sein. In der Summe muss es den Menschen dienen“, so Brucke in seinem Vortrag. Mit Blick auf den Stand der Digitalisierung in Deutschland stellte er fest: „Wir haben im Moment eine Bedenkenträgerkultur oder sogar eine Verhinderungskultur.“

Nach intensiver Beratung und mehr als vierzig Änderungsanträgen wurde auch der Antrag **„Baden-Württemberg Digital“**, der weitere Grundsätze der FDP Baden-Württemberg zur Digitalisierung definiert, einstimmig beschlossen. Der Antrag wurde von **Prof. Dr. Henning** eingebracht - sechs Landesfachausschüsse haben daran mitgewirkt! Die acht weiteren Anträge, die nicht mehr beraten werden konnten, wurden an den Landesfachausschuss Internet & Neue Medien verwiesen.

Die kompletten Beschlusstexte finden Sie auf unserer Webseite unter fdp-bw.de/beschluesse. Für alle Interessierten besteht außerdem die Möglichkeit, sich den Landeshauptausschuss nochmal in voller Länge auf unserem Youtube-Kanal anzuschauen: youtube.com/fdpbawue

Seit 50 Jahren Freier Demokrat

Interview mit unserem ehemaligen Landesvorsitzenden Roland Kohn



Roland Kohn auf dem Bundesparteitag der FDP im April 2019. (Foto: Alexander Kohl)

Roland A. Kohn, Jahrgang 1950, trat im Juni 1969 in die FDP ein. Nach dem Studium der Philosophie und der Politikwissenschaft (Magister Artium) und einem sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekt wurde er 1979 Pressesprecher des Landesverbands Baden-Württemberg. Von 1980-91 war er Vorsitzender des Bezirksverbands Kurpfalz. 1983 wurde Roland Kohn erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt, dem er bis 1998 angehörte. Von 1991-95 war er Landesvorsitzender der FDP Baden-Württemberg und Mitglied des FDP-Bundesvorstands. 2011-19 war er Vorsitzender der Grundsatzkommission „Freiheit und Ethik“ der FDP. 2019 ernannte ihn der Vorstand der Europäischen Assoziation ehemaliger Parlamentarier FP-AP (Paris, Brüssel) zum Generalberichterstatter für das Europäische Kolloquium im Herbst 2020 zur globalen Rolle Europas.

Sie sind 1969 in die FDP eingetreten. Was war Ihre ganz persönliche Motivation, das zu tun, gab es einen besonderen Anlass?

Schon als junger Mensch war ich begeistert von der Idee persönlicher Freiheit. Nach dem Abitur bin ich dann in die FDP eingetreten, weil mit Scheel und Dahrendorf eine neue Generation liberaler Politiker

angetreten war. Ich wollte die Ostpolitik unterstützen und den Wandel in Staat und Gesellschaft weg vom reinen „CDU-Staat“, wie man damals sagte.

Sie haben 50 Jahre FDP erlebt, dabei Höhen und Tiefen mitbekommen. Erinnern Sie sich noch an ein oder zwei ganz besondere Momente, die Sie als Mitglied der FDP erlebt haben?

Höhepunkt meines politischen Lebens war zweifellos, wie ich als deutschlandpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion in der Nacht zum 3. Oktober 1990 auf den Stufen des Reichstags erleben durfte, wie die schwarz-rot-goldene Fahne der Demokraten vom Hambacher Fest 1832 aufgezogen wurde und Hunderttausende „Einigkeit und Recht und Freiheit“ für das vereinigte Deutschland anstimmten. Die schwierigste Phase meines FDP-Lebens war der Winterwahlkampf 1982/83, wo vor dem Bundestagskandidaten Kohn am Info-Stand auf dem Paradeplatz in Mannheim ausgespuckt wurde, ich beschimpft wurde wegen dem Koalitionswechsel Genschers hin zur bürgerlich-liberalen Regierung.

Wie hat sich die FDP Ihrer Meinung nach in den letzten 50 Jahren verändert?

Zunächst hat sich natürlich die Kommunikationswelt durch die digitalen Medien fundamental verändert. Das habe ich in meinem Buch über digitale Politikvermittlung beschrieben. Vieles ist auch unpersönlicher geworden. Ich will nichts verklären; aber es gab früher eine stärkere Bindung an freiheitliche und ethische Grundwerte. Die Kollegen heute müssen damit zurechtkommen, dass die Nachricht vom Morgen am Abend schon vergessen ist. Das macht es immer schwieriger, Menschen für die Mitarbeit in einer anspruchsvoll argumentierenden liberalen Partei zu gewinnen.

Was wünschen Sie sich für die nächsten 50 Jahre von den Freien Demokraten?

Ich wünsche mir von meiner Partei, dass sie sich dem Trend zum bloß technokratischen Verwertungswis-

sen im Bildungssystem entgegensteht und Menschenbildung auf ihre Fahnen schreibt. Ich wünsche mir, dass sie stärker kritische Rationalität in der politischen Debatte einfordert; denn apokalyptisches Denken ist die Vorstufe zum Totalitarismus.

Ich wünsche mir, dass Sie leidenschaftlicher für die parlamentarische Demokratie und die offene Gesellschaft im Sinne Poppers eintritt. Und ich wünsche mir die wirkmächtige Einsicht, dass eine noch so wohlhabende Gesellschaft ohne Förderung von Kunst und Kultur in Wahrheit eine arme, eine armselige Gesellschaft ist.

Von Judith Skudelny MdB, Generalsekretärin

Zwei Jahre liberaler Tatendrang im Bundestag

Vor zwei Jahren im September haben wir Freie Demokraten es zurück in den Bundestag geschafft. Zeit, einen Rückblick auf unsere Arbeit zu wagen, um daraus Potenziale für die kommende Zeit zu heben. Genau dieser Aufgabe haben wir uns auf der Klausur der Bundestagsfraktion Anfang September in Jena gestellt.

Zu viel Klein-Klein im Bundestag

Die nüchterne Erkenntnis ist, dass wir die Dynamik der Veränderungen und die Fokussierung auf unseren Kernbotschaften nicht mit in den Bundestag nehmen konnten. Jeder Abgeordnete hat mit viel Fleiß und Einsatz seine Themengebiete bearbeitet. Die steigende Anzahl an Kleinen und Großen Anfragen an die Bundesregierung, parlamentarischen Initiativen und Positionspapieren zeigen, dass wir im Berliner Alltag schnell Fuß gefasst haben. Dabei haben wir jedoch unsere Ziele, unsere Botschaften aus den Augen verloren. Viel Klein-Klein, wenig große Würfe. Auch sind unsere Themen nicht bei den Menschen angekommen. In vielen Bereichen haben wir Antworten gegeben, die

Was raten Sie den jungen Leuten von heute? Lohnt sich politisches Engagement?

Wenn man einmal das liberale Grundverständnis verinnerlicht hat, dass der Staat kein allwissender und allmächtiger Dienstleister für Rundum-Betreuung ist, sondern wir Bürger uns selbst regieren mit Hilfe des Werkzeugs Staat, dann wird unsere Verantwortung für uns selbst und für unsere Mitmenschen deutlich. Achtung und Empathie für den Anderen, friedliche Konfliktaustragung in der Gesellschaft, den freiheitlichen Rechtsstaat schützen, kurz: ein menschenwürdiges Leben. Wer das bewahren will, muss sich politisch engagieren!

von uns nicht gefordert waren. Dafür haben wir manche Initiativen nicht ergriffen, welche die Menschen in Deutschland sich von uns vielleicht gewünscht hätten.



Die Landesgruppe der FDP Baden-Württemberg im Bundestag (Es fehlt Alexander Kulitz MdB)

Konzentration auf unsere Kernthemen

Für die kommende Zeit hat sich die FDP-Bundestagsfraktion daher zur Aufgabe gemacht, unsere Kernthemen wieder in den absoluten Fokus unserer Arbeit zu stellen:

- Bildung
- Digitalisierung
- Wirtschaft

Eine vernünftige und verlässliche Wirtschaftspolitik ist für das Land des Automobils, der Maschinenbauer und Chemieindustrie von besonderer Bedeutung. Glaubt man den Wirtschaftsforschern, tauchen schon die ersten grauen Wolken am Konjunkturhimmel auf.

Auch bei der Bildung haben wir nicht nur Hausaufgaben zu erledigen. Es gilt, die sinkenden Bildungsergebnisse unseres Bundeslandes wieder auf Top-Niveau zu heben.

Dieses Ziel zu erreichen wird Jahre brauchen. Und nicht zuletzt hinken wir beim Thema Digitalisierung hinterher.

Wir müssen nicht mal aufs Land fahren, sondern werden auch mitten in den Städten von Funklöchern gequält. In Stuttgart verlagern sich IT-Firmen, weil sie keine passende Datenübertragung für ihren Bedarf finden. Ein Armutszeugnis für die Landeshauptstadt.

Neue Kommunikationskampagne

Die Bundestagsfraktion arbeitet an einer eigenen Kommunikationskampagne, von der ich an dieser Stelle jedoch leider noch nicht viel verraten darf.

Die Aufgabe der Fachpolitiker ist es jetzt, die Kernthemen Bildung, Digitalisierung und Wirtschaft in unterschiedlichen Klangfarben für alle Politikbereiche zu spielen. Im Bereich des Klimaschutzes haben wir z.B. auf der Klausurtagung beschlossen, CO₂ an die Kette zu legen.

Mit Hilfe der Krypto-Währung Arbil kann CO₂ global reduziert und unbürokratisch gehandelt werden. Bei allem ist unsere liberale Grundhaltung klar: Den Freien Demokraten liegt der Erfolg des Einzelnen am Herzen, weil nur dadurch das Wohl des Landes als Ganzes sichergestellt werden kann.

Die baden-württembergische FDP-Landesgruppe hat sich im Oktober in Blaustein zu einer Klausursitzung getroffen, um die Kernthemen in Initiativen für Baden-Württemberg zu übersetzen.

Jahresende 2019

Die Abschaffung des Solis für nur 90 Prozent der bisherigen Zahler ist aus unserer Sicht verfassungswidrig. Die FDP ist nicht allein mit ihren Warnungen. Auch der wissenschaftliche Dienst des Bundestags schreibt, der Beschluss der Koalition „berge ein hohes Risiko der Verfassungswidrigkeit“.

Sollte Scholz keinen Pfad für die komplette Abschaffung des Soli aufzeigen, werden tausende Steuerzahler und die FDP bis zum Verfassungsgericht in Karlsruhe klagen.

Wir Freie Demokraten halten an unserer Forderung fest, den Soli bereits zum 1. Januar 2020 vollständig zu streichen. Das ist nicht nur politisches Gebot, sondern auch finanzierbar, wie wir bei den Haushaltsberatungen aufzeigen.

Unsicherheitsfaktor SPD

Für besondere bundespolitische Brisanz sorgt die Suche nach einem neuen SPD-Vorsitzenden(duo). Seit dem Rückzug von Andrea Nahles steht mit der SPD eine Regierungspartei quasi führungslos da. Von den möglichen Kandidaten auf dem SPD-Bundesparteitag Anfang Dezember hat sich nur einer ausdrücklich für die Fortsetzung der GroKo ausgesprochen.

Die meisten aussichtsreichen Bewerberduos hatten sich dagegen positioniert oder wollten im Falle ihrer Wahl eine Mitgliederbefragung durchführen. Deren Ausgang ist noch nicht absehbar. Das Schicksal der Großen Koalition und die politischer Stabilität in Deutschland werden somit in die Hände der relativ wenigen SPD-Mitglieder gelegt, die sich an dieser Wahl beteiligen.

Das ist unverantwortlich. Selbst Finanzminister und Vizekanzler Scholz hat bisher auf ein deutliches Bekenntnis für ein Fortbestehen der Großen Koalition verzichtet. Neuwahlen Anfang 2020 sind somit auf keinen Fall ausgeschlossen.

Wir Freien Demokraten stehen bereit, Verantwortung zu übernehmen, wenn wir unsere Inhalte umsetzen können. Diese werden wir mit der angesprochenen Kommunikationskampagne weiter schärfen!

Denken wir neu – für die zweite Halbzeit im Bundestag!

Politik, die mit den Anliegen der Menschen zu tun hat

Von Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL, Vorsitzender der FDP/DVP Landtagsfraktion

Viele Menschen gehen auf Abstand zur Politik, weil sie erleben, dass das, was dort verkündet und gerne gesehen wird, mit ihnen nichts zu tun hat. Auftrag von liberaler Politik, die auf die Verantwortung von mündigen Bürgerinnen und Bürgern setzt, besteht im Aufzeigen von Konzepten und Lösungen als echte, demokratische Alternative zu scheinbar unverrückbaren Vorgaben.

Das Thema Mobilität beschäftigt uns schon seit geraumer Zeit mit allen Aspekten. Die Automobilwirtschaft mit allen Zulieferbetrieben ist eine tragende Säule des starken Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg. Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil des Alltags und die Fragen des Ressourcenverbrauchs und der Emissionen stehen nicht erst seit wachsendem Klimabewusstsein, Dieselskandalen und Fahrverboten in der politischen Diskussion. Als alternativlos wird den Menschen in unserem Land die batteriegetriebene Mobilität als Lösung für alle diese Fragen verkauft.

Dabei ist bekannt, dass allein die Rohstoffgewinnung massive Umweltschädigungen in anderen Ländern mit sich bringt. Von einer sauberen Ökobilanz kann hier keineswegs die Rede sein. Zudem sind die praktischen Fragen der Netzauslastung, der Lademöglichkeiten, der Reichweiten und viele andere weitgehend unbeantwortet. Für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg würde die politisch derzeit unterstützte Umstellung auf Batteriemobilität große Verluste an Arbeitsplätzen mit sich bringen. Dennoch werden Batteriefahrzeuge politisch mit Zielvorgaben, Subventionen und Extraregeln unterstützt. Der erwünschte Effekt blieb jedoch bislang aus: Verbraucherinnen und Verbraucher bleiben reserviert gegenüber dieser Technologie. Eines ist jetzt schon klar: So wird die umweltschonende und technisch praktikable Umstellung vom Verbrennungsmotor im Sinne der Menschen, ihrer Bedürfnisse und Wünsche, nicht gelingen.

Es war Zeit, dass wir mit einem besseren Vorschlag an die Öffentlichkeit treten. So haben wir vor wenigen Wochen mit der Landtagsfraktion einstimmig ein Positionspapier abgestimmt, das die Vorteile der wasserstoffbasierten Technologie als Antriebsform in den politischen Mittelpunkt rückt. Diese Technik ist aus unserer Sicht eine Antriebsform der Zukunft, bei der



Baden-Württemberg wieder technische Führung übernehmen kann. Die genauen Aussagen bei der Vorstellung unseres Positionspapiers und den Verweis auf das Papier selbst finden Sie auf den folgenden Seiten.

Sich mehrende handfeste Krisenzeichen in der Wirtschaftskonjunktur, etwa durch massive Auftrags-einbrüche, verlangen jetzt politisches Handeln. Dies war ein Ergebnis des Treffens mit den Fraktionen der Freien Demokraten aus den Landtagen in Hessen und Bayern. Die drei wirtschaftlich soliden Bundesländer tragen eine besondere Verantwortung; die liberalen Fraktionen stellten gemeinsame Positionen zum Automobilstandort, zur Energiepolitik und zur Mobilität vor.

Politik, die wir gestalten wollen, ist sich der notwendigen Grundlagen bewusst. Dazu zählt neben Infrastruktur, Rechtsstaat, solide Staatsfinanzen auch eine Bildung, die den höchsten Anforderungen gerecht wird. Im Gegensatz zu anderen Parteien und Fraktionen spielt berufliche Bildung bei uns eine wichtige Rolle. Die einseitige Förderung der Akademisierung stellt sich bereits jetzt als Irrweg heraus. Auch hier werden wir nicht müde, einen eigenen Akzent zu setzen und deutlich zu machen, dass liberale Politik für Baden-Württemberg für qualitativ hochwertige und unverwechselbare Positionen steht.

Ihr

Hans-Ulrich Rülke

Gemeinsame Klausursitzung dreier FDP-Fraktionen

FDP-Fraktionen aus Baden-Württemberg, Hessen und Bayern beschäftigen sich mit wichtigen Zukunftsthemen



Am 20. und 21. September trafen sich die FDP-Landtagsfraktionen aus Baden-Württemberg, Hessen und Bayern zu einer gemeinsamen Klausursitzung in Stuttgart. „Dieses Treffen steht ganz im Zeichen der inhaltlichen Arbeit. Wir beschäftigen uns intensiv mit wichtigen Themen, insbesondere zum Standort Deutschland. Angesichts der sich eintrübenden Konjunkturaussichten geht es jetzt darum, die Grundlagen für den zukünftigen Wohlstand zu sichern“, so der Vorsitzende der baden-württembergischen FDP/DVP Fraktion, Dr. Hans-Ulrich Rülke, zu Beginn des Treffens.

Martin Hagen, FDP-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag sagte: „Deutschland schlittert in eine Rezession – und die Regierung schaut zu. Nötig wäre jetzt ein Programm zur Entlastung der Unternehmen von Steuern und Bürokratie, Maßnahmen zur Förderung von Startups und der Ausbau der Infrastruktur. Stattdessen werden die Ausgaben für Sozialtransfers weiter angehoben und

neue Steuern diskutiert. Die Politik kann sich nicht mehr auf das Verteilen des Wohlstands beschränken – sie muss ihr Augenmerk endlich wieder aufs Erwirtschaften richten.“

Der Vorsitzende der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, René Rock, kritisierte, dass der Standort Deutschland insbesondere durch eine falsche Energiepolitik geschwächt werde. „Es wird Zeit für einen neuen Realismus in der Energie- und Klimapolitik. Wir wollen keine großen Versprechen in ferner Zukunft, sondern zeitnah realisierbare Erfolge. Wir brauchen mehr Sachlichkeit und entschiedenes Handeln statt Hysterie und aktionistischer Symbolpolitik“, erklärte Rock.

Mit Blick auf die Wirtschaftslage unterstrich Hans-Ulrich Rülke die Dringlichkeit des Handelns: „Bereits jetzt sind handfeste Krisenzeichen bei vielen Unternehmen zu beobachten, etwa massive Auftragseinbrüche. Eine krisengebeutelte Wirtschaft

betrifft alle Bereiche in Staat und Gesellschaft. Das gilt besonders für die wirtschaftlich soliden Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Bayern.“ Als Ausweg sieht Rülke „Unternehmergeist und Erfindertum“, für deren Grundlagen und Umfeld nach seinen Worten nun die Politik sorgen müsse. Dazu zählten die Stärkung von Mittelstand und Handwerk durch Regelvereinfachungen und Bürokratieabbau, ein mittelstandsfreundlicheres Vergaberecht und ein „Durchstarten für die Infrastruktur“, das umfassend vom Verkehr bis zur Digitalisierung zu verstehen sei.

„Nur so werden wir uns auf Dauer in einer weltweit schwächer werdenden Wirtschaftslage behaupten können“, so Rülke und mahnt: „Wir sind auf einen Konjunkturbruch nicht ausreichend vorbereitet. Klare Vorschläge zur Verbesserung der Standorte

stehen bei der liberalen Arbeit in den Landtagen der drei Länder auch weiter ganz oben.“

Die thematisch breit gefächerten Beratungen beschäftigten sich unter anderem im Bereich Digitalisierung mit der Ausgestaltung eines Digitalisierungsministeriums oder im Bereich Bildung mit Ganztagschulen, Strategien zur Lehrgewinnung und der Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen. Konkrete Forderungen finden sich in beratenen Impuls- und Positionspapieren zu den Zukunftsthemen Mobilität, Energiepolitik und Automobilwirtschaft.

Die beschlossenen Inhalte und Positionspapiere finden Sie auf der Homepage der Landtagsfraktion:

<https://fdp-dvp-fraktion.de/>

Handwerk leidet besonders unter der Last der Bürokratie

FDP fordert wirtschaftsfreundliche Impulse von der Landesregierung

Die aktuelle Konjunkturertrübung wird in vielen Gewerken spürbar. Viele mittelständische Unternehmen merken bereits an der Auftragslage, dass nach dem jahrelangen Wachstum nun neue Herausforderungen nahen. Umso wichtiger erscheint es daher, dass auch die Landespolitik wirtschaftsfreundliche Impulse aussendet. Mit einem Gesetzesentwurf zur Bürokratieentlastung der Unternehmen im Land haben wir deshalb aktuell einen Vorschlag auf den Weg gebracht, um unnötige Belastungen abzubauen. Denn das Arbeitsprogramm der Landesregierung zum Bürokratieabbau lässt noch immer auf sich warten und das neue Bürokratieentlastungsgesetz aus Berlin liegt derzeit in der Expertenanhörung und wird absehbar nicht halten können, was es verspricht.

In den Handwerksbetrieben im Land arbeiten im Durchschnitt sechs Personen, wobei der Inhaber zu großen Teilen operativ tätig ist. Es bleibt somit kaum Zeit, sich ständig in neue und komplexe Regelungen und Vorschriften einzuarbeiten. Deshalb müssen sowohl das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) als auch das Bildungszeitgesetz (BZG) abgeschafft werden. Evaluierungen der beiden Gesetze im Auftrag der Landesregierung haben gezeigt, dass der bürokratische Aufwand für Unternehmen durch zusätzliche Vorschriften erhöht wurde, jedoch ohne



die gewünschten Ziele zu erreichen. Das seit Juli 2019 vorliegende Gutachten zum LTMG rät zu einer kritischen Überprüfung, ob der Fortbestand des Gesetzes vor dem Hintergrund der heutigen Umsetzungspraxis sinnvoll sei. Nach der Evaluation des BZG kennt nur jeder Dritte das Gesetz und es hat nur für eine marginale Erhöhung der Weiterbildungsteilnahme gesorgt. Doch trotz dieser eindeutigen Evaluierungsergebnisse wird die Landesregierung nach ersten Aussagen beide Gesetze aufrechterhalten. Dabei ist die Abschaffung der beiden Gesetze ein Beitrag dazu, die Gesamtzahl der Normen zu verringern und somit Unternehmen zu entlasten. Auf diese Weise stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und schaffen die Basis für Wachstum.

Neu im Landtag



Name: Daniel Karrais

Beruf: Maschinenbau-Ingenieur

Wahlkreis: 53 Rottweil

Ich habe mein Mandat angetreten am:
13. November 2018

Mitglied in den Ausschüssen für: Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Europa und Internationales, Inneres, Digitalisierung und Migration

Sprecher für Digitalisierung und Energiewirtschaft

Meine wichtigsten Ziele als Landtagsabgeordneter:
Unsere Chancen durch die vielfältigen Technologien und den digitalen Fortschritt nutzen, um das Leben für uns alle nachhaltig positiv zu verändern.

Als Politiker möchte ich gerne Zukunftsimpulse setzen und allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, ihr Leben nach Ihrem Sinne in einer offenen und freien Gesellschaft selbst gestalten zu können.

Das mache ich gerne in meiner Freizeit:
Wandern, Tauchen, Kochen, Reisen.



Name: Rudi Fischer

Beruf: Maschinenbau-Techniker, Technischer Betriebswirt

Wahlkreis: 61, Hechingen-Münsingen

Ich habe mein Mandat angetreten: im Juli 2019

Mitglied in den Ausschüssen für: Finanzen, Ländlicher Raum und Verbraucherschutz

Meine wichtigsten Ziele als Landtagsabgeordneter:
Sowohl unsere Landwirte als auch unsere mittelständischen Unternehmen bilden das Rückgrat für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Damit das so bleibt, möchte ich meine Erfahrung aus der Wirtschaft einbringen.

Das mache ich gerne in meiner Freizeit: Wandern, Volleyball, Wildwasser Kajak, Freundschaften pflegen.

Impressum

FDP/DVP Fraktion im Landtag Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Tel.: 0711 2063-918

Fax: 0711 2063-610

E-Mail: post@fdp.landtag-bw.de

Web: www.fdp-dvp.de

Verantwortlich: Dr. Jan Havlik (Pressesprecher)

Fotos: FDP/DVP Fraktion, Shutterstock, Pixabay

Neu im Landtag

Name: Stephen Brauer

Beruf: Lehrer für BWL und VWL
Wahlkreis: Schwäbisch Hall

Ich habe mein Mandat angetreten am: 01.08.2018

Mitglied in den Ausschüssen für: Finanzen (als Sprecher), Wissenschaft, Petitionen

Meine wichtigsten Ziele als Landtagsabgeordneter:
Stärkung des Ländlichen Raums und Schaffung guter Rahmenbedingungen für unsere mittelständische Wirtschaft.

Das mache ich gerne in meiner Freizeit:
Fußball und Tennis
Lesen und Theaterbesuche



Untersuchungsausschuss und Skandale

Keine Ruhe in Wissenschaft und Forschung

Der Untersuchungsausschuss „Aufarbeitung der Vorgänge an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg (HVF) und der Rolle des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst (MWK), insbesondere des möglichen pflichtwidrigen Verhaltens von Ministerin Bauer“ hat im Oktober seinen Bericht vorgestellt. Neben der Aufklärung der rechtswidrigen Zustände an der HVF war es der Hartnäckigkeit der FDP/DVP-Fraktion geschuldet, dass das Ministerium die Zulagenvergabe an Hochschulen landesweit überprüft hat. Rechtswidrige Zulagen wurden demnach nicht nur in Ludwigsburg gewährt.

Durch das indifferente Agieren im Nachgang der Resolution - beamtenrechtlich ein gravierender Verstoß - trägt das MWK für die weitere Eskalation Verantwortung. Der geringe Aufklärungswille des Ministeriums während der Krise sorgte leider dafür, dass die Atmosphäre an der HVF weiter sehr stark eingetrübt wurde. In der ganzen Zeit ließ Ministerin Bauer die Rektorin Dr. Stöckle allein im Regen stehen. Die Führungs- und Vertrauenskrise wäre vermeidbar gewesen, wenn das Ministerium seine

Aufgaben ernst- und wahrgenommen hätte. Während an der HVF langsam Ruhe einkehrt, ziehen die Wolken scheinbar weiter nach Heidelberg. Die dortige Universität kommt aktuell nicht aus den Schlagzeilen. Die voreilige Präsentation eines Bluttests auf Brustkrebs wirft Fragen auf. Es wird immer wahrscheinlicher, dass wirtschaftliche Erwartungen die wissenschaftliche Akkuratess dort verdrängt haben.

Inzwischen sind fast alle verantwortlichen Akteure vor Ort von ihren Ämtern zurückgetreten und mehrere Kommissionen zur Aufarbeitung der Vorfälle eingesetzt. Den Wissenschaftsausschuss des Landtags wird das Thema wohl noch öfter beschäftigen.

Ebenfalls an der Universität Heidelberg müssen wir derzeit ein möglicherweise unzulässiges Koppelgeschäft zwischen der Universität und der spanischen Santander-Bank kritisch erforschen. Kurz nach der Vergabe des Auftrags zur Einführung einer Doktorandenkarte mit Bezahlfunktion an die Bank ging bei der Universität eine Spende in Höhe von 2 Millionen Euro ein. Wir prüfen nach, ob die beiden Vorgänge unzulässig verknüpft waren.

Die Batteriemobilität ist ein Irrweg

Die Zukunft liegt in Wasserstoffmobilität und synthetischen Kraftstoffen



Das Mineralölzeitalter geht bis Mitte des 21. Jahrhunderts dem Ende entgegen. Die Ölförderung verschmutzt die Umwelt, die Verbrennung steht dem Klimaschutz entgegen und die Ressourcen sind begrenzt. Die batterieelektrische Mobilität, von der Politik schon seit einiger Zeit als Königsweg angepriesen, subventioniert und bevorzugt, wird ihr Zukunftsversprechen nicht halten können. Die Frage ist, welchen Weg wir bei der Umstellung bei der Mobilität einschlagen.

Ende Oktober präsentierte der Vorsitzende der FDP Landtagsfraktion, Dr. Hans-Ulrich Rülke, der Öffentlichkeit ein Positionspapier, das von der Fraktion erarbeitet und einstimmig beschlossen wurde. Dabei forderte er ein Ende des „unsinnigen Batteriefetischismus in der derzeitigen Mobilitätspolitik im Land, im Bund und in Europa.“ Gründe gegen batteriegestützte Mobilität gibt es viele:

So erweist sich die Gewinnung der für Batterien nötigen Rohstoffe als Desaster für die Abbauregionen: Lithiumgewinnung sorgt in Südamerika für ökologisch katastrophale Zustände, Kobalt wird in Afrika auch durch Kinderarbeit gewonnen. Die Entsorgung von großen, giftigen Alt-Batterien ist auch bei uns höchst problematisch.

Der CO₂- Ausstoß bei der Fahrzeugherstellung übertrifft den eines Dieselaautos um 11 bis 28 Prozent (Quelle: Studio des ifo-Instituts). Batteriegetriebene Fahrzeuge bringen Probleme in der Praxis: Unzurei-

chende Reichweite, lange Ladezeiten, absehbar überforderte Verteilnetze und großer Sicherheitsaufwand bei Unfällen sind den Verbraucherinnen und Verbrauchern bewusst und erklären die geringe Begeisterung für den Batterieantrieb. Nicht zuletzt die Folgen für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg kommen einem Bruch gleich: In Baden-Württemberg sind massiv Arbeitsplätze in der Automobilindustrie und den Zulieferbetrieben in Gefahr; die ersten Entlassungswellen laufen bereits an.

Für die FDP-Landtagsfraktion ist klar: Diese einseitige politische Fokussierung auf die batterieelektrische Mobilität muss beendet und der Weg in die Wasserstoffwirtschaft aufgezeigt werden. Mit erneuerbaren Energien erzeugter Wasserstoff hat das Potenzial, sektorenübergreifend der Kraftstoff der Zukunft zu werden. Als Basis für synthetische Kraftstoffe kann er zudem dazu beitragen, schon im jetzigen Fahrzeugbestand substanzielle Treibhausgas-Minderungen zu erreichen. Dies wird zur Einhaltung der Klimaschutzziele nach dem Übereinkommen von Paris auch erforderlich sein. Denn mit Blick auf die durchschnittliche Lebensdauer von Fahrzeugen und das Kaufverhalten von Durchschnittsverdienern ist realistischerweise davon auszugehen, dass im Jahr 2030 noch bis zu zwei Drittel der Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor fahren werden. Deshalb sei es die Forderung der FDP, Baden-Württemberg zum führenden Standort in der Entwicklung und Produktion wasserstoffbasierter Antriebssysteme zu machen.

Diese sind umweltfreundlicher als die Batterie, garantierten eine bessere Mobilität als die Batterie, sind bei der Tankinfrastruktur der Batterie überlegen und würden in Baden-Württemberg vier bis achtmal so viele Arbeitsplätze erhalten als die Batterie.

Eine Wasserstoffstrategie mit der Zielsetzung weg von der Batterie und hin zum Wasserstoff wird ein zentrales Thema der FDP im anstehenden Landtagswahlkampf sein. „Ohne Wasserstoffstrategie keine Koalition mit der FDP!“, so Dr. Hans-Ulrich Rülke bei der Vorstellung des Positionspapiers. Das vorgestellte Positionspapier finden Sie auf unserer Homepage unter: <https://fdp-dvp-fraktion.de/>

Haupt- und Werkrealschulen eine Zukunftsperspektive geben

Von Dr. Timm Kern MdL, bildungspolitischer Sprecher



Es war von der grün-schwarzen „Komplementärkoalition“ wohl nicht anders zu erwarten: Die Regierungsmehrheit im Landtag lehnte den Gesetzentwurf der FDP/DVP Fraktion zur Beruflichen Realschule ab. Ziel unseres Gesetzentwurfs ist es, den Haupt- und Werkrealschulen eine Zukunftsperspektive zu geben, indem wir ihr berufspraktisches Profil stärken, sie eng an die Beruflichen Schulen anbinden und sie zu Beruflichen Realschulen weiterentwickeln. Konkret sieht der Gesetzentwurf vor, dass die Schüler der Beruflichen Realschule ab Klasse 7 an einem Tag in der Woche und in Klasse 10 an zwei Tagen in der Woche eine Berufliche Schule besuchen.

Bemerkenswerterweise machte das Kultusministerium selbst auf die existenzbedrohliche Situation der Haupt- und Werkrealschulen aufmerksam: Von den noch bestehenden 458 Hauptschulen würde „gut die Hälfte“ in den kommenden Jahren geschlossen. Aber auch auf eine interessante Entwicklung wies die Kultusministerin hin: Von Schuljahr zu Schuljahr vergrößern sich die Jahrgänge an den Haupt- und Werkrealschulen erheblich. So nahm der zum Schuljahr 2013/14 in Klasse 5 gestartete Hauptschuljahrgang bis Klasse 9 im Schuljahr 2017/18 landesweit um knapp 46 Prozent zu. Da die Grundschulempfeh-

lung seit dem Schuljahr 2012/13 nicht mehr verbindlich ist, steigt die Zahl der Schüler, die von einer anderen Schulart auf die Haupt- und Werkrealschule wechseln. Das Schulgesetz sieht jedoch vor, dass eine Schule konstant über mindestens 16 Schüler in Klasse 5 verfügen muss. Wird diese Mindestzahl in zwei aufeinanderfolgenden Schuljahren unterschritten, ist die Schule zu schließen.

Die Kultusministerin schlug deshalb vor, zukünftig nicht mehr nur auf die Schülerzahl in Klasse 5 zu blicken, sondern die durchschnittliche Schülerzahl der Klassen 5 bis 9 der Entscheidung über den Fortbestand einer Schule zugrunde zu legen. Außerdem sollen nach ihrer Auffassung regionale Besonderheiten berücksichtigt werden. Dieser Vorschlag findet unsere Zustimmung, nicht jedoch die des grünen Koalitionspartners. Deshalb brachte die FDP/DVP Fraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag ein. Wir sind vor allem gespannt, wie sich die Kultusministerin und CDU-Spitzenkandidatin hierzu verhält. Denn wenn ihr am Erhalt eines vielfältigen und differenzierten Schulangebots auch in der Fläche unseres Landes gelegen ist und sie glaubwürdig bleiben will, hat sie im Grunde genommen nur die Wahl, den Gesetzentwurf zu unterstützen oder die Koalition zu verlassen.

Montag, 6. Januar, 11.00 Uhr

DREIKÖNIGSTREFFEN

Stuttgart, Opernhaus



Christian

LINDNER

Michael

THEURER

Hans-Ulrich

RÜLKE

Linda

TEUTEBERG

#3K20

Wir laden Sie herzlich ein.

**Freie
Demokraten**

Baden-
Württemberg **FDP**